

Eidg. Finanzverwaltung  
Bundesgasse 3

3003 Bern

Bern, 28. Mai 2010

## Konsolidierungsprogramm 2011-13 (KOP 11/13) und Aufgabenüberprüfung Vernehmlassungsantwort der Grünen Partei der Schweiz

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Konsolidierungsprogramm 2011/2013 für den Bundeshaushalt (KOP 2011/13) und der Aufgabenüberprüfung Stellung nehmen zu können.

### 1. Zum Grundsatz

Der Bundesrat hat im Rahmen des sogenannten Konsolidierungsprogramms 2011-13 (KOP 11/13) und der damit verbundenen Aufgabenüberprüfung eine Reihe von Sparmassnahmen präsentiert. Nach Ansicht der Grünen handelt es sich dabei um ein zynisches Spiel der bürgerlichen Mehrheit: Die grüne bundesparlamentarische Fraktion hatte immer wieder davor gewarnt, dass die in den letzten Monaten zugesprochenen Steuererleichterungen für Unternehmen und wohlhabende Familien, die vorgezogene Kompensation der kalten Progression und die Reform der Mehrwertsteuer sowie die Abschaffung der „Heiratsstrafe“ ein gefährliches strukturelles Defizit mit sich bringen werden – nun wurde dieses im November 2009 auf 1,5 Milliarden Franken pro Jahr ab 2011 geschätzt. Diese Gelder wären jedoch für Massnahmen im Umweltschutz und im Sozialbereich dringend nötig gewesen.

Die Grünen warnen vor den Folgen dieser „Magersucht ohne Ernährungsberatung“. Würde der Bundesrat den gesunden Menschenverstand walten lassen, dürfte er sich nicht erst in eine prekäre Situation begeben, um über seine strategische Ausrichtung zu entscheiden. Einmal mehr hat die bürgerliche Mehrheit kein verantwortungsvolles Handeln bewiesen.

Der Bundesrat betreibt eine rückwärtsgerichtete Finanzplanung: Er vergrössert das Defizit durch Steuergeschenke, danach unterstreicht er die Notwendigkeit von Sparmassnahmen, ohne dass diese Teil einer kohärenten Strategie sind. Doch es müsste genau umgekehrt sein. Erst jetzt, als der Druck gross geworden ist, schlägt der Bundesrat eine Überprüfung seiner Aufgaben vor. Die hätte er schon vor Jahren tun müssen.

Die Grünen erinnern daran, dass der Bundesrat im Frühling 2008 seinen Energie-Aktionsplan lanciert hatte: 40 Millionen Franken sollten im Hinblick auf das Kyoto-Protokoll für Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien budgetiert werden.

Es fehlte dann aber die Durchsetzungskraft – dafür musste die UBS mit 68 Milliarden Franken unbedingt gerettet werden. Gerade mal 5 Millionen hatte das Parlament aus verschiedenen Departementen dann aufgebracht, um in diesem Bereich noch etwas Weniges auf die Beine zu stellen.

Fakt ist aber: Diese seit Jahren ungenaue Budgetierung des Bundesrates bewirkt zwar, dass dieser vermeintlich positiv da steht, weil er so gut wirtschaftet. Auf diese Weise verhindert er aber jede Innovation, weil alles immer schon verbudgetiert ist. Die Schuldenbremse hat also nur dazu gedient, den Bundeshaushalt in die Magersucht zu treiben.

Namentlich der Aktionsplan Energie hat der Bundesrat so selber zugrunde gebracht – obwohl die Schweiz noch weit von der Erfüllung des Kyoto-Protokolls entfernt ist. Der Bund hätte mehr in erneuerbare Energien investieren können und müssen – auch als Teil der Konjunkturpakete. Das muss jetzt nachgeholt werden.

Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, braucht der Bund dringend zusätzliche Einnahmen. Es geht darum, eine künstlich geschaffene Sparübung abzuwenden, welche die Innovationskraft der Schweiz im Klimabereich definitiv zunichtemachen würde.

Bei der Ankündigung der Massnahmen der sogenannten „Aufgabenüberprüfung“ macht der Bundesrat jedoch Steuergeschenke an die Reichen. Diese beinhalten unter anderem die Abschaffung der Heiratsstrafe, der Ausgleich der kalten Progression und die Mehrwertsteuerreform. Diese Politik wurde von den Bürgerlichen und gewissen Personen aus der SP unterstützt. Von den Grünen wurde sie resolut bekämpft.

Bei der „Aufgabenüberprüfung“ sind wir mit einem Finanzloch von eineinhalb Milliarden Franken in der Bundeskasse konfrontiert; dies entspricht genau den verpassten Gewinnen, welche dem Bund durch die Steuererleichterungen an die Reichen entgehen. Der Bundesrat will diese Mindereinnahmen nun durch Sparprogramme in den für den Schutz der Umwelt wichtigen Bereichen der Innovation kompensieren. Ausserdem überträgt er die Kosten des Sozialwesens auf die Schultern der Gemeinden und Kantone.

Scheinbar denkt der Bundesrat nicht darüber nach, wie man neue Einnahmequellen für den Fonds erschliessen könnte. Er bevorzugt erneut das zu Tode sparen seines Haushaltes – ausgenommen vom VBS, welches überraschenderweise eine Budgetaufstockung von 10 Millionen Franken erfährt.

Die Grünen fordern, dass der Bundesrat endlich eine kohärente Planung seiner Aufgaben und deren Finanzierung vornimmt. Er muss jetzt langfristige Perspektiven eröffnen, welche allen Bürgern einen erträglichen Rahmen offerieren. Um das zu erreichen, muss er den erneuten Steuergeschenken einen Riegel schieben. Der Bundesrat muss unbedingt neue Einnahmen generieren, um die Steuergeschenke von 1.5 Milliarden pro Jahr zu kompensieren.

Die Grünen fordern nichts weniger als eine kohärente und konsequente Politik des Bundesrates im Bezug auf die von ihm zu erfüllenden Aufgaben und deren Finanzierung.

## 2. Zu den Einzelmassnahmen im Rahmen der geplanten „Aufgabenüberprüfung“:

Wie soeben aufgeführt, kritisieren die Grünen strengstens die mangelnde Weitsicht des Konsolidierungsprogramm 11/13 und der Aufgabenprüfung, die überstürzt damit verbunden wurde.

Da es aber heute unrealistisch erscheint, die gesamten vorhergesehenen Sparmassnahmen noch verhindern zu wollen, heben nun die Grünen die Sparmassnahmen heraus, die ihnen besonders unangebracht erscheinen und denen sie sich entschieden entgegenstellen. Hier die Liste davon:

### 2.1. Zu den vorgesehenen Einsparungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Die Grünen verlangen, dass am Ziel festgehalten wird, den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz bis 2015 auf 0.5 Prozent (Anteil Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen) zu erhöhen.

### 2.2. Zu den vorgesehenen Einsparungen in den Bereichen Bildung und Forschung:

Aus der Sicht der Grünen soll dringend auf die gesamten Sparmassnahmen in diesen Bereichen verzichtet werden, nämlich:

Im Bildungsbereich:

- Reduktion der Bundesunterstützung im ETH-Bereich
- Reduktion der projektgebundenen Beiträge nach UFG
- Einmalige Kürzung der Investitionsbeiträge an kantonale Universitäten
- Verzicht auf Unterstützung des Bureau International d'Education der UNESCO durch das SBF
- Verzicht auf Beiträge zur Chancengleichheit an Fachhochschulen
- Verzicht auf Beiträge an Berufsbildungskampagnen

Im Forschungsbereich:

- Verzicht auf Teilnahme am Competitiveness and Innovation Programme
- Rücknahme des Zuwachses der Overheadbeiträge des SNF
- Priorisierungen in der weltweiten bilateralen Forschungszusammenarbeit
- Redimensionierung des Beitrags an ITER/Broader Approach
- Verzicht auf Beiträge an Stiftung Science et Cité
- Reduktion der Beiträge an die Europäische Forschungszusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST)

### 2.3. Zu den vorgesehenen Einsparungen in den Bereichen Kultur und Freizeit:

Die Grünen verlangen, dass von beiden geplanten Sparmassnahmen in diesen Bereichen abgesehen wird, nämlich:

- Reduktion der Mittel für Heimatschutz und Denkmalpflege sowie für kulturelle Vorhaben
- Verzicht auf die Abgeltung für Zeitungstransporte

#### 2.4. Zu den vorgesehenen Einsparungen im Gesundheitsbereich:

Die Grünen lehnen die geplanten Einsparungen im Gesundheitsbereich ab, die Priorisierungen bei Präventionsmassnahmen, sowie die Reduktion des Beitrages für Gesundheitsförderung und Prävention.

#### 2.5. Zu den vorgesehenen Einsparungen im in Bezug auf die soziale Wohlfahrt:

Die Grünen verlangen, dass auf die gesamten Sparmassnahmen im Bereich der sozialen Wohlfahrt verzichtet wird, nämlich die Einsparungen in der Altersversicherung, in der Invalidenversicherung, in der Krankenversicherung, in den Ergänzungsleistungen, in der Militärversicherung sowie im Bereich der soziale Hilfe und der Fürsorge.

- Entlastungen bei den Ergänzungsleistungen AHV und IV
- Reduktion der Anzahl Neurenten in der IV aufgrund der Massnahmen der 4. und 5. IV\_Revision
- Reduktion des Bundesbeitrags an die Individuelle Prämienverbilligung (IPV) aufgrund von Kostensenkungsmassnahmen in der Krankenversicherung
- Kürzung der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

#### 2.6. Zu den vorgesehenen Einsparungen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Wohnbauförderung:

Die Grünen lehnen alle geplanten Einsparungen in den Bereichen Arbeitsmarkt ab, nämlich bei der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsvermittlung, sowie im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.

#### 2.7. Zu den vorgesehenen Einsparungen im Migrationsbereich:

Die Grünen verlangen, dass von folgenden Sparmassnahmen im Migrationsbereich abgesehen wird:

- Reduktion Pauschale Anhörungskosten Hilfswerkvertreter
- Moratorium für Beiträge des Bundes an Modellvorhaben
- Verkürzung der Verfahrensdauer
- Reduktion der freiwilligen Beiträge für die internationale Zusammenarbeit
- Verzicht auf unentgeltliche Auswanderungsberatung
- Verschiedene Vereinfachungen und Verkürzungen beim Asylverfahren

#### 2.8. Zu den vorgesehenen Einsparungen im Verkehrsbereich:

Aus der Sicht der Grünen soll auf jeden Fall auf den Teil der Sparmassnahmen verzichtet werden, die die Förderung und Unterstützung der öffentlichen Verkehrsmittel zum Ziel haben, nämlich:

- Erhöhung der abgeltungsberechtigten Mindestnachfrage von 32 auf 100 Personen pro Tag im Regionaler Personenverkehr
- Abschöpfung des Zinsvorteils, der den Transportunternehmungen im Regionaler Personenverkehr aus der Gewährung von Bürgschaften des Bundes bei Rollmaterialbeschaffungen entsteht

- Priorisierung der Finanzhilfen an die Terminalanlagen im Güterverkehr und Investitionen des kombinierten Güterverkehrs
- Priorisierung der Beiträge an private Anschlussgeleise

Gegen eine Priorisierung im Nationalstrassenbau sowie einen Verzicht auf die Beschaffung von Fluggeräten haben die Grünen keine Einwände.

#### 2.9. Zu den vorgesehenen Einsparungen in den Bereichen Umwelt und Raumordnung

Die Grünen lehnen sämtliche geplanten Einsparungen in den Bereichen Umwelt und Raumordnung ab, nämlich die Ausgabenreduktionen für internationale Kommissionen und Organisationen, im Bereich der globale Umweltprobleme, im Bereich Wasser und im Bereich Umwelttechnologie.

#### 2.10. Zu den vorgesehenen Einsparungen im Bereich Landwirtschaft:

Die Grünen verwerfen die geplanten Einsparungen im Bereich Landwirtschaft, nämlich:

- Reduktion des Bundesengagements bei Grundlagenverbesserungen, Sozialmassnahmen; Verzicht auf das Nationalgestüt
- Reduktion des Bundesengagements bei der Absatzförderung, Marktstützung und den Direktzahlungen


#### 2.11. Zu den vorgesehenen Einsparungen in den Bereichen Energie und Forstwirtschaft:

Die Grünen bedauern, dass auf zusätzliche Mittel zur haushaltneutralen Umsetzung der Aktionspläne Energieeffizienz und Erneuerbare Energien mit Verabschiedung des Voranschlags 2009 bzw. des Finanzplans 2010 bereits verzichtet worden ist.

Im Übrigen verlangen die Grünen, dass auf eine Reduktion des Bundesengagements in der Waldwirtschaft verzichtet wird.

Wir bitten Sie, unsere Stellungnahme zu berücksichtigen, und verbleiben  
Mit freundlichen Grüssen

Grüne Partei der Schweiz



Ueli Leuenberger

Präsident der Grünen Schweiz



Yann Golay

Co-Generalsekretär